

**Den Bürgern die Energiewende entwenden?
*Warum E.on, RWE und Co keinen Schutz brauchen***

Die Energiewende ist eine beispiellose Erfolgsgeschichte. Sie hat alle Ausgangsprognosen übertroffen. Statt 2020 ein Fünftel unseres Stroms zu liefern ist es bereits heute gut ein Viertel.

In welchem Land der EU werden schon jedes Jahr rund 20 Mrd. in neue Stromerzeugungskapazitäten investiert? Wo machen mit Erneuerbaren Unternehmen jährlich mit dem Betrieb von Anlagen 15 Mrd. Umsatz? Wo sparen fast 400 000 neue Jobs über 150 Mio. t. Treibhausgase ein? In Deutschland.

Dieses große industrielle Zukunftsprojekt ist das Verdient der Bürgergesellschaft. Schaut man sich an, wem diese Anlagen gehören, stellt man fest: Mehr als ein Drittel gehört Privatpersonen. Hinzu kamen 2012 14 % Gewerbetreibende, 11 % Landwirte. Und selbst in den 13 % Fonds und Banken dürften vor allem Bürgerinnen und Bürger investiert haben. Die Energiewende war der massive Einbruch des Mittelstandes in die Energieerzeugung. Die großen vier Energiekonzerne, E.on, RWE und Co stellen nur 5 % der Branche.

Ihre Entscheidung, sich nicht am Ausbau Erneuerbarer Energien zu beteiligen, war ein riesiger strategischer Fehler. E.on, RWE und Co haben nicht nur massiv Marktanteile verloren. Allein innerhalb der letzten fünf Jahre hat sich der Aktienkurs sowohl von E.on wie von RWE halbiert. Ihre Eigentümer haben die Hälfte ihres Vermögens verloren.

Das ist der Hintergrund, weshalb die Große Koalition den Ausbau der Erneuerbaren bremsen will. Nicht der Kampf gegen den Anstieg der Strompreise. Ihr Zubau macht nur ein Zehntel der Umlagesteigerung aus. Wenn er gebremst wird, dann wird es trotzdem teurer. Die Vorschläge des Bundeskabinetts werden nur zu vernachlässigbaren Umlagesenkungen führen.

Deshalb geht es bei der Groko-Wende der Energiewende um etwas anderes. Es geht darum, gerade die preiswertesten Neuanlagen, On-Shore-Wind und Photovoltaik auf Freiflächen, zu deckeln, damit die (Alt-) Anlagen insbesondere der vier Großen nicht so stark unter Druck geraten.

So wird Wachstum und Bürgerbeteiligung ausgebremst um Bestandssicherung zu betreiben. Die unternehmerische Fehlentscheidung von E.on, RWE und Co soll unter Welpenschutz gestellt werden. Das ist das Gegenteil von Marktwirtschaft.

Es wird nicht funktionieren. Auch nicht, wenn nach 2018 nur noch Ausschreibungsmodelle gelten sollen, die große Unternehmen bevorzugen. Denn auch dann werden – nicht nur wenn der Wind weht und die Sonne scheint, die Erneuerbaren unschlagbar sein. Der Vormarsch der Erneuerbaren wird weiter gehen. Denn die Kilowattstunde Strom aus neuen fossilen Kraftwerken kostet mit bis zu 11 Cent heute schon mehr, als der Strom aus den Anlagen der Bürgerinnen und Bürger. Und der Industriestandort Deutschland kann sich nicht auf Altanlagen und teure Energieimporte verlassen.

Deshalb ist es Zeit für einen neuen Energiekonsens. Dafür darf der billigste Strom aus Neuanlagen nicht künstlich gedeckelt werden. Dafür brauchen wir Flexibilitätsmärkte, in denen auch heute im Bau befindliche effiziente fossile Kraftwerke ebenso wie große Nachfrager ihren Platz haben. Und dafür brauchen wir einen echten Kostenschnitt – wie ihn Klaus Töpfer mit seiner Fondidee vorgeschlagen hat. Das wird auch den Streit um die Ausnahmen der Industrie entspannen.

Vor allem aber brauchen wir dafür Bürgerinnen und Bürger, die weiter bereit sind sich für die Energiewende zu engagieren und in sie zu investieren. Bundespräsident Joachim Gauck sprach davon, zur Freiheit zu ermächtigen. Wir sollten nicht zulassen, dass die Bürgerinnen und Bürger durch die Große Koalition entmündigt werden.

Wir dürfen den Bürgern die Energiewende nicht entwenden.

***Jürgen Trittin** (Bündnis 90/ Die Grünen) ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union und im Ausschuss für Wirtschaft und Energie sowie Mitglied der Parlamentarischen Versammlung der NATO.*

Kontakt: juergen.trittin@bundestag.de